



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 170. Ratssitzung vom 11. Dezember 2025

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2025/391, Antrag 090. und Postulat GR Nr. 2025/560

Gemeinsame Behandlung der Anträge 090. und 091. (Postulat GR Nr. 2025/560)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5461/2025): Der Schulpsychologische Dienst (SPD) ist ein kostenloses Beratungsangebot der Volksschule, vom Kindergarten bis zur Sekundarschule. Eltern, Lehrpersonen und Schüler*innen können dieses Angebot nutzen. Der oder die Schulpsycholog*in bespricht die Situation mit allen Beteiligten und führt fundierte Abklärungen durch. Sie erarbeiten Lösungen und empfehlen Massnahmen. Das kann eine Empfehlung für eine integrierte oder separierte Sonderschule sein. In den letzten Jahren haben immer mehr Kinder und Jugendliche psychische Probleme. Mobbing und sexuelle Belästigung im schulischen Umfeld haben zugenommen. Die Sonderschulquote hat im Kanton und in der Stadt Zürich stark zugenommen: innert zwei Jahren um 20 Prozent. Diese Fakten führen zu einer massiven Mehrbelastung des SPD. Die durchschnittliche Wartezeit nach einer Anmeldung beträgt 1,5 Monate. So lange Wartezeiten sind inakzeptabel. In vielen Fällen führen sie zu untragbaren Situationen in der Schule und zu Hause. Darum ist baldmöglichst eine deutliche Erhöhung der Anzahl Stellen im SPD nötig. Unser Budgetantrag fordert eine Erhöhung um 10 Stellenwerte.

Përparim Avdili (FDP): Selten gibt es eine Dienstabteilung, die ein so stark überproportionales Stellenwachstum wie die Schule in unserer Stadt erfährt. Das hat nichts mit dem Vorsteher des Schul- und Sportdepartements (SSD) zu tun, sondern damit, dass ihr als einzige Lösung für durchaus bestehende Probleme zusätzliches Personal vorbringt. Das Problem muss an der Wurzel angepackt und über eine grundsätzliche Umstrukturierung des Systems nachgedacht werden. Es gibt ausreichend Stellen. Man müsste aber überlegen, wie man sie zwischen den Schulen verteilt. Das Angebot ist zudem nicht gratis: Euer Vorstoss kostet den Steuerzahler 1,5 Millionen Franken.



Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Die Wartezeiten muss ich relativieren. Diese hängen auch von den Schulen und den Eltern ab. Die Verzögerungen entstehen oft aufgrund der Kommunikation. Die Fälle haben eher abgenommen. Zum Teil ist es nicht schlecht, wenn es eine gewisse Wartezeit gibt. Der SPD gibt den Schulen Empfehlungen ab und der Schulkreis muss bestimmen, dass es einen Sonderschulfall gibt. Das gibt mehr Mittel, aber es entsteht auch die Gefahr der Stigmatisierung der Kinder. Das muss man gut abwägen. Man kann nicht einfach sagen «Alle müssen sofort drankommen». Viele Dinge kann man in der Klasse mit Gesprächen durch die Gewaltprävention auffangen. Daher ist diese Warteliste nicht mit einer normalen zu vergleichen. Wenn man 10 neue Stellen schaffen und annehmen würde, dass die meisten Teilzeitstellen sind, würde das 15 Personen mehr bedeuten. Das wären 25 Prozent mehr im Vergleich zum heutigen Bestand von 39 Mitarbeitenden. Mit den Räumlichkeiten haben wir bereits heute ein Problem, da die Schulen nicht beliebig viele Räume zur Verfügung stellen können. Ein gut funktionierendes Instrument sind die Springer. Diese helfen, die Probleme in schwierigen Situationen zu lösen. Die Erhöhung um 10 Stellenwerte ist nicht zielführend.*

Weitere Wortmeldungen:

Leah Heuri (SP): *Die aktuellen Daten des SPD machen deutlich, dass wir die Sache anschauen müssen. Wir haben ein Begleitpostulat eingereicht, um die Verteilung der Ressourcen zu überprüfen. Bis anhin wurde dafür mit Schüler*innenzahlen und dem Sozialindex gerechnet. In Schwamendingen, dem Schulkreis mit dem tiefsten Sozialindex, warten Kinder über drei Monate auf einen Termin. Wir erwarten, dass zusätzliche Ressource in diesem Kreis am stärksten wirken. Doch die langen Wartezeiten halten sich hartnäckig und steigen weiter. Gleichzeitig sehen wir am Zürichberg eine Entwicklung in einem völlig anderen Kontext. Mit dem höchsten Sozialindex der Stadt würde man hier keine hohen Wartezeiten erwarten, doch die Zahlen sind eindeutig: Innerhalb eines Jahres stieg die Anzahl der Kinder mit einer Wartezeit von mehr als drei Monaten von 9 auf 21 Prozent. Andererseits wartet im Limmattal nur 1 Prozent der Kinder länger als drei Monate. Die Realität der Fallbelastung passt also nicht mehr zum Verteilschlüssel. Die Zahlen zeigen, dass die Wartezeiten dort entstehen, wo viel akute und komplexe Fälle gleichzeitig auftreten – unabhängig davon, ob der Kreis statistisch als sozial belastet gilt oder nicht. Unser Postulat fordert zusätzlich zur konsequenten Erhöhung des SPD, dass der Stadtrat prüft, wie die Stellenverteilung des SPD mit empirischen Belastungsindikatoren ergänzt werden kann. Das Ziel ist eine verlässliche, zeitnahe schulpsychologische Unterstützung in allen Kreisen. Letzten Endes geht es darum, dass Kinder nicht monatelang auf Termine warten müssen und die Ressourcen da sind, wo sie benötigt werden.*

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Es sollen nicht nur personelle Ressourcen für den SPD geschaffen, sondern diese auch bedarfsgerecht verteilt werden. Der bisherige Verteilschlüssel ist grundsätzlich sinnvoll, da er bei der Nachfrage nach schulpsychologischer Unterstützung soziale Unterschiede berücksichtigt. Die aktuellen Daten zeigen, dass es*



bezüglich Wartezeiten deutliche Unterschiede zwischen den Schulkreisen gibt. Wir fordern den Stadtrat auf, den bestehenden Verteilschlüssel zielgerichtet zu ergänzen.

Karin Weyermann (Die Mitte): Die Stellenerhöhung lehnen wir ab. STR Filippo Leutenegger führte aus, wieso sie momentan in diesem Ausmass nicht nötig ist, auch wenn wir den SPD als wichtig erachten. Die Wartezeiten hätten wir gerne kürzer. Daher haben wir Sympathien für das Postulat, um das Problem an der Wurzel zu packen. So schafft man mit einem Springersystem dort Entlastung, wo der SPD akut überlastet ist. STR Filippo Leuteneggers Votum konnte ich nicht entnehmen, wieso das Postulat abgelehnt wird. Vermutlich liegt das daran, dass die Stellen den Schulkreisen zugeordnet sind. Das ist für uns kein Grund, das Postulat abzulehnen, da es lediglich einen Prüfauftrag darstellt. Die Sache darf offen gedacht werden. Wir unterstützen das Postulat.

Moritz Bögli (AL): Der Vorsteher des SSD erkennt eine zentrale Aufgabe des SPD. Dessen Dienstleistungen gehen über den Wortlaut «Schulpsychologischer Dienst» hinaus. Er ist auch für Abklärungen zuständig, um Diagnosen zu stellen und auf diese hin sonderpädagogische Massnahmen zu ergreifen. Kinder mit sonderpädagogischen Ansprüchen sollen diese möglichst zeitnah gutgesprochen bekommen. Hierfür müssen die bestehenden Wartezeiten klar reduziert werden. Darum stimmen wir dem Antrag zu.

Yasmine Bourgeois (FDP): Das ist ein Paradebeispiel für Systemausweitung statt Problemlösung. Im integrativen Schulsystem gilt inzwischen: Wer mehr Ressourcen will, muss mehr abklären, diagnostizieren und Fälle produzieren. Das ist nicht Pädagogik, sondern eine Abklärungsindustrie zur Ressourcenbeschaffung. Die Wirkung bleibt bescheiden. Man kann nicht alles integrieren, therapieren und mit mehr Personal zudecken. Jedes Jahr mehr Geld zu verlangen, ist weder nachhaltig noch wirksam und dem Steuerzahler gegenüber nicht ehrlich. Die FDP sagt klar: Weniger ideologische Integration, mehr klare Förderung bspw. mit Förderklassen. Es braucht weniger Abklärungen und mehr Unterricht. Das Postulat und den Antrag lehnen wir ab.

Christine Huber (GLP): Wir sind uns hoffentlich alle einig: Kinder und Jugendliche in Krisensituationen sollen rasch und wirksam Unterstützung erhalten. Genau da setzt das Postulat GR Nr. 2025/560 an. Der SPD nimmt eine zentrale Rolle ein, um die Schulen, Lehrpersonen und Familien zu entlasten. Eine flexible Ressourcenverteilung ermöglicht es, auf unterschiedliche Belastungen in den Quartieren zu reagieren und dort die Kapazitäten zu verstärken, wo sie am dringendsten benötigt werden. Mit dem Postulat wird sichergestellt, dass eine regelmässige Überprüfung der Verteilkriterien anzeigt, dass die vorhandenen Ressourcen dort zum Einsatz kommen, wo Bedarf besteht. Das Mittel und das Ziel des Postulats sind uns wichtig. Daher stimmt die GLP für das Postulat.

Stefan Urech (SVP): Die letzte Sitzungsstunde war sinnbildlich für Ihre Art Bildungspolitik. Sie interessieren sich für alles im Bildungssystem – ausser für den Unterricht. Das ist für Sie nach Betreuung, Psychologie, Provenienzforschung usw. sekundär. Die Unterrichtsqualität und Anschlusslösung für durchschnittliche Schüler interessiert Sie mässig.



4 / 5

S. 425	50 5050 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulgesundheitsdienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
090.	Antrag Stadtrat				20 065 100 Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
				1 500 000	21 565 100 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Schaffung von 10 zusätzlichen Stellen im Schulpsychologischen Dienst. Damit kann die Versorgungsdichte auf rund 700 Schulkinder pro Stelle gesenkt werden.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

5571. 2025/560

Postulat von Leah Heuri (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Dr. Tamara Bosshardt (SP) vom 26.11.2025:
Bedarfsgerechte und flexible Verteilung der personellen Ressourcen des Schulpsychologischen Diensts

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/391, Beschluss-Nr. 5539/2025, Antrag Nr. 090.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5461/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.



5 / 5

Das Postulat wird mit 89 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat